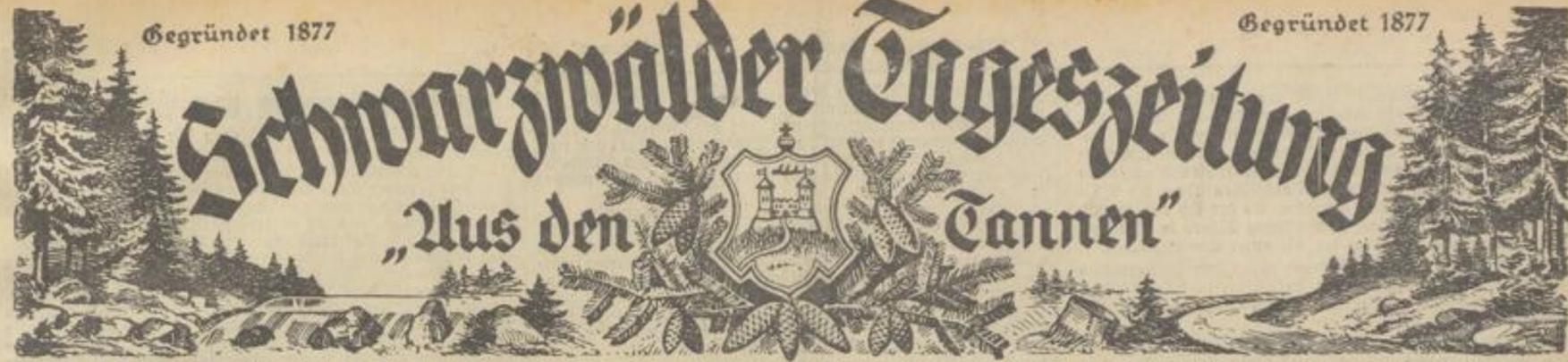


Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abt. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamenzeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Abbestellung der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 96

Altensteig, Dienstag den 26. April 1932

65. Jahrgang

Nachklänge zu den Wahlen

Die Folgen der Wahlen

Schwierige Regierungsbildung — mit Ausnahme von Anhalt

Die Ergebnisse der fünf Länderwahlen vom letzten Sonntag haben — darüber ist nun kein Zweifel mehr — in den Länderparlamenten große Umwälzungen gebracht und eine völlig veränderte Situation geschaffen. In Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt sind die bisherigen Regierungsmehrheiten oder Koalitionen durch den Ansturm der Nationalsozialisten in die Minderheit gedrängt, also geschlagen, wenn auch die Rechtsopposition keine klare parlamentarische Mehrheit erlangte. Die Oppositionsparteien der Rechten und der Kommunisten haben die Mehrzahl der Stimmen und der Mandate erreicht. Eine Ausnahme macht nur Anhalt, wo Nationalsozialisten, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei eine klare Mehrheit besitzen, von den 36 Landtagsstimmen insgesamt 19, so daß die bisherige Linkskoalition die Regierung an die Rechtsparteien abgeben muß. Auch in Hamburg hat sich gegenüber den drei Hauptwahlländern Preußen, Bayern, Württemberg das Wahlergebnis dadurch unterschieden, daß trotz des Stimmen- und Mandatgewinns der Nationalsozialisten der bisherige Senat aus Sozialdemokraten, Staatsparteilern und Volksparteilern nicht durch einen Senat der Rechten abgelöst werden kann. Es stehen 69 Stimmen der bisherigen Koalition gegen 65 Stimmen der Rechten.

Die Nationalsozialisten haben in allen Ländern, ausgenommen Bayern, wo sie um 1100 Stimmen hinter den Stimmzahlen der Bayerischen Volkspartei zurückblieben, überall die höchsten Wählerzahlen erreicht, sind also zur härtesten Partei aufgerückt, das wird besonders deutlich in Preußen, wo sie 8 Millionen erreichten, die Sozialdemokratie 4,6 und das Zentrum 3,3 Millionen. Die Hitlerpartei konnte in Preußen ihre Stimmzahl vom Präsidentschaftswahlkampf halten und dadurch 70 Mandate stärker werden als die Sozialdemokratie. Aber nicht nur die Sozialdemokraten verloren in Preußen 44 Mandate, auch die anderen Koalitionsparteien büßten stark ein, so die Staatspartei 20 Sitze und das Zentrum, trotz seiner Stimmensteigerung um über eine halbe Million infolge des erhöhten Wahlquotienten von 40 000 auf 50 000, immer noch 4 Sitze. Starke Verluste erlitten jedoch auch die Volkspartei (33 Sitze), die Deutschnationalen (40 Sitze) und sodann die kleineren Parteien Wirtschaftspartei, Landvolk usw. Die Regierungsbildung in Preußen ist deshalb äußerst schwierig, weil die Rechtsopposition: 162 Nationalsozialisten, 31 Deutschnationale, 7 Volksparteiler nur über 200 Sitze verfügen, während zur Mehrheitsbildung 212 Stimmen notwendig sind. Die alte Weimarer Koalition verfügt nur noch über 162 Sitze. Die Lösung wäre einfach, wenn sich Zentrum und Nationalsozialisten zusammäten, weil sie über 229 Stimmen im Landtag verfügen. Auch Nationalsozialisten und Kommunisten, die eigentlichen Oppositionsparteien, könnten eine Mehrheitsregierung bilden, woran aber nicht zu denken ist. Da der neue preussische Landtag erst Anfang Juni zusammentreten wird, vergehen noch Wochen bis zur vollständigen Klärung. Das Kabinett Braun wird zurücktreten, um einem Mißtrauensantrag zu entgehen, aber die Geschäfte weiterzuführen bis zur Wahl einer neuen Ministerpräsidenten, der bekanntlich nur mit einer Stimmenmehrheit im Landtag gewählt werden kann. Ob in Preußen wirklich der ernsthafteste Versuch des Zusammengehens von Zentrum und Nationalsozialisten gemacht wird, müssen die nächsten Wochen zeigen. Ein Aufruf des preussischen Zentrums in der Wahlnacht, daß es „bereit sei, mit jeder Partei zusammenzuarbeiten, sofern der Staatsapparat nicht einer Partei ausgeliefert werde und jede Parteiherrschaft ausgeschlossen ist“, wird von der Sozialdemokratie bereits dahin gedeutet, daß das Zentrum das Experiment einer Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten versuchen will.

In Bayern ist die frühere Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei, Bauernbund und Deutschnationalen nicht mehr möglich. Sie ist mit 57 Mandaten bei insgesamt 128 in der Minderheit. Eine Koali-

tion zwischen Bayerischer Volkspartei und Nationalsozialisten, die eine Zweidrittelmehrheit ergeben würde, ist nach den bisherigen Äußerungen der Führer der Bayerischen Volkspartei unwahrscheinlich, wogegen die Nationalsozialisten für eine solche Verbindung sehr wohl zu haben wären. Dagegen wäre eine Koalition zwischen Bayerischer Volkspartei und Sozialdemokraten, die insgesamt 65 Stimmen aufweisen würde und mit einer Stimme über der Mehrheit wäre, denkbar, um so mehr, als wohl auch der Bayerische Bauernbund sich daran beteiligen würde. Es ist nur die Frage, ob nach dieser Schrumpfung der Sozialdemokratie die Bayerische Volkspartei, die bei einem großen Teil ihrer Wähler unbeliebt und vor allem vom derzeitigen Ministerpräsidenten Dr. Held wiederholt und unzweideutig abgelehnte Bindung mit der Sozialdemokratie einzugehen wagen wird. Schließlich bliebe noch die Möglichkeit einer von der Bayerischen Volkspartei geführten Minderheitsregierung allein oder zusammen mit dem Bauernbund unter stillschweigender Unterstützung durch die Nationalsozialisten oder durch die Sozialdemokratie.

In Württemberg sind ebenfalls die Nationalsozialisten Sieger, wenn sich auch der Zentrumsturm behauptet, sogar um ein Mandat verstärkt hat. Die bisherige Regierungskoalition (16 Zentrum, 15 Bauernbund, 4 Deutschnationale, 8 Demokraten, 4 Volksparteiler) besitzt von den 80 Mandaten jetzt nur noch 33, weil der Bauernbund 6, die Demokratie 4 und die Volkspartei ihren ganzen Besitzstand von 4 Mandaten verloren hat. Auch die Einbeziehung der 3 Vertreter des Volksdienstes würde nichts daran ändern, es stünden immer noch 36 gegen 44. So ist also eine Mehrheit gegen die Regierung Polz vorhanden, nicht aber eine Mehrheit für eine neue Regierung. Auch eine Regierung der „Harsburger Front“ unter Einbeziehung des Bauernbundes würde es nur auf 35 Stimmen bringen. Selbst der „Großen Koalition“ unter Einbeziehung des Volksdienstes reicht es zu keiner Mehrheit. So liegen die Dinge in Württemberg fast noch schwieriger als in Preußen, zumal das Zentrum ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten im Wahlkampf strikte abgelehnt hat. Kämen die zwei Parteien doch zusammen, so hätten sie 40 Sitze, mit Einbeziehung der Deutschnationalen und des Bauernbundes sogar 52. Bis zum 10. Mai, dem Tage des Zusammentritts des neuen Landtags, wird sich das noch klären. Die Entscheidung liegt sehr bei den Nationalsozialisten, die bisher der Zusammenarbeit mit anderen bürgerlichen Parteien abhold waren.

Eines hat diese Wahl gelehrt, daß nur die großen Parteien eine Zukunft haben: Nationalsozialisten, Sozialdemokraten, Zentrum und Kommunisten, höchstens noch die Deutschnationalen dazu. Wenn in Preußen die Deutsche Volkspartei mehr als zwei Drittel ihres Bestandes, die Wirtschaftspartei vier Fünftel, die Staatspartei die Hälfte aller Stimmen und 90 Prozent ihrer Mandate, die Deutschnationalen ein Sechstel ihrer Stimmen verloren — so sind das Vorgänge, die tiefe und grundlegende Änderungen in der Wählerschaft aufweisen. Die Verluste zahlreicher bürgerlicher Mittelparteien, die dieser Wahlkampf aufzeigte, müssen sich auswirken. Unser Parteiwesen ist in einer völligen Umwandlung. Ob diese dauerhaften Charakter trägt, wird die Zukunft entscheiden.

Aufruf von Gauleiter Murr

In Württemberg Nationalsozialisten erläßt Gauleiter Murr folgende Rundgebung:
Wiederum hat die nationalsozialistische Bewegung einen glänzenden Sieg errufen. Schändlichste Lügen, größte Entstellungen, schwerste Verleumdungen und tödlichster Haß haben nicht zu verhindern vermocht, unsere herrliche Bewegung zur härtesten Partei Württembergs emporzuheben. Die Sozialdemokratie und ihre bürgerlichen Trabanten sind aufs Haupt geschlagen. Nationalsozialisten! Ehemalige SA- und SS-Kamraden! Ehemalige Hitlerjugend! Eurer Fähigkeit, eurer Opferwilligkeit und eurer Treue ist der gewaltige Sieg in erster Linie zu verdanken. Wochenlang habt ihr im schwersten Trommelfeuer gestanden. Nichts aber vermochte eure Standhaftigkeit, euren ungestümen Angriffsgestir zu erschüttern. Im härtesten Ringen habt ihr eure Fahnen zum Sieg geführt. Im Namen der Bewegung danke ich euch, Parteigenossen und Parteigenossinnen! Der Wahlkampf ist zu Ende, der Kampf um Deutschland geht weiter. Es lebe die nationalsozialistische Bewegung! Es lebe Adolf Hitler!

Zur Landtagswahl in Württemberg

Die nicht wiederkehren

Stuttgart, 25. April. Die gestrigen Landtagswahlen haben bei den Hauptbeteiligten, nämlich bei den Kandidaten selbst, begreiflicherweise recht verschiedenartige, ja entgegengesetzte Gefühle ausgelöst, nämlich Freude und Leid: Freude bei den wiedergewählten, Leid bei denen, die, zumal wenn sie schon dem alten Landtag angehört hatten mit der Hoffnung, Mitglied des Landtages zu werden, in den Wahlkampf gezogen, aber bei der Stichurteilung leer ausgegangen sind. Die Leidtragenden sind im wesentlichen die nachstehend Aufgeführten, wobei allerdings eine Prüfung der Frage außer Betracht bleibt, ob es dem einen oder dem anderen von ihnen nicht doch noch zu einem Mandat langt, weil es doppelt Gewählte gibt, die entweder auf der Landesliste oder auf der Bezirksliste den Platz räumen müssen. Nicht wiedergewählt wurden: Von der Sozialdemokratie: Schuler, Köhling, Jauer, Arnold, Emilie Hiller, Negeer, Wäghner, Ober, Kais, Kugaber; vom Zentrum: Kuhn und Pollich; vom Bauernbund: Dingler, Ellinger, Dr. Göz, Hermann, Klein, Oberland, Schmid, Schweizer; von den Demokraten: Scheef, Hausmann, Roth; von den Kommunisten: Schneid; von den Deutschnationalen: Dr. Höllcher, Frau Klug; vom Christl. Volksdienst: Bausch. Zu erwähnen ist, daß aus dem Landtag auscheidende frühere Abgeordnete nicht mehr als Kandidaten aufgetreten sind, so insbesondere die bekannten Parteiführer Bazille und Hieber, sowie Scheef, ferner Pollich vom Zentrum, Plebig vom Christl. Volksdienst, und daß der eine oder andere noch nachrückt infolge einer Doppelwahl. Neu ziehen in den Landtag ein: von der Sozialdemokratie Ulrich, der früher schon dem Landtag angehört, vom Zentrum: Dr. Sauer, Herrmann und Dr. Schmidt; von den Demokraten: der Wirtschaftsminister Dr. Mater, der bisher kein Landtagsmandat hatte, vom Bauernbund: Bollert und Kugler; von den Kommunisten: Hilfenbek, Frau Walter und Haag; von den Deutschnationalen Finanzminister Dr. Dehlinger (bisher ohne Landtagsmandat) und Dr. Schott (früher bereits im Landtag tätig), vom Christl. Volksdienst: Müller; von den Nationalsozialisten: alle 23 mit Ausnahme des Abg. Mergenthaler.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß aus dem Landtag selbstverständlich auch die Abgeordneten derjenigen Parteien ausgeschieden sind, die darin überhaupt keine Vertretung mehr gefunden haben, nämlich von der Deutschen Volkspartei: Ruth, Hartmann, Dr. Burger, Mayer; von der Volksrechtspartei: Bauer und Vogel; von der Kommunistischen Partei (Opposition): Becker und Hammer.

Die württ. Landtagswahlen im Urteil der Presse

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ schreibt: Es wird praktisch nicht viel anderes übrig bleiben als eine Regierung auf einer Grundlage, die sich von der bisherigen nicht viel unterscheiden dürfte.

Das „Deutsche Volksblatt“ betont: „Die Sozialdemokratie habe ihre Stellung als Oppositionspartei, in deren Ausübung sie nie Rücksichten kannte, nichts genügt. Die Zunahme der Kommunisten sei geringer zu veranschlagen, als es im ersten Augenblick ersehe. Die Deutschnationale Volkspartei habe sich nicht einmüßig halten können. Eine furchtbare Niederlage habe die Deutsche Volkspartei erlitten. Die Volksrechtspartei wird nicht mehr im Landtag vertreten sein. Der Christl. Volksdienst scheint so ziemlich das Ausgenommen zu haben, was sich von der Deutschnationalen Volkspartei abgemant habe.“

Die „Württembergische Zeitung“ betont, die Stimmen der Deutschen Volkspartei seien wohl größtenteils der nationalsozialistischen Anziehung erlegen. Da die Regierung Polz wohl gestürzt, aber nicht durch eine andere ersetzt werden kann, wird sie eben im Amte bleiben, mit oder ohne „Tolerierung“ durch die Sozialdemokraten. Das ist gewiß ein unerwünschter Zustand, doch es geht auch so. Man hat Beispiele. Jedenfalls zeigt sich, daß der große Wahlsieg der Nationalsozialisten sie der Macht in Württemberg keineswegs nahegebracht hat. Die Säume wachsen nun einmal nicht in den Himmel.

Die „Schwäbische Tagwacht“ nennt als Hauptgrund für den sozialdemokratischen Stimmrückgang im Lande die außerordentlich komplizierte taktische Situation der Sozialdemokratie im Reich und die schmerzliche Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeiter gerade in den Industriegebieten bei dieser Wahl zu Hause geblieben ist. Die Kommunisten haben von dem sozialdemokratischen Verlust herzlich wenig profitiert. Die Nationalsozialisten sind die großen Gewinner dieser Wahl.

Die „Schwäb. Tageszeitung“ bemängelt die schwache Wahlbeteiligung in den evangelischen Bezirken, wonit der Rückgang der Bauernbundsstimmen neben anderen Ursachen wesentlich zusammenhänge.

Die „Süddeutsche Zeitung“ vertritt die Auffassung, daß die Bürgerpartei und der Bauernbund mit noch immerhin zusammen 12 Mandaten ein beachtlicher Faktor geblieben sind. Zur Frage der künftigen Regierungsbildung bemerkt das Blatt, daß eine Rechtsregierung mit Einschluß des Zentrums, die einschließlich des Christl. Volksdienstes mit 59 Mandaten die breiteste parlamentarische Grundlage hätte, möglich sei. Dieser Kombination stehen aber bisher noch die Erklärungen der maßgebenden württ. Zentrumsführer entgegen.



Der „Schwäbische Merkur“ isticht von einer grundstürzenden Wahl und bemerkt zu der Katastrophe der Deutschen Volkspartei, daß diese auch noch vom Pech der Wahlstrichtheit verlorat gewesen sei. Das Blatt läßt hinzu: Man mag über die Inaktivität und vielen unempfindliche Art der Wahlpropaganda von heute denken wie man will; doch auf den politischen Stand der Wähler darf man sich auch nicht verlassen. Es hat sich nun gezeigt, daß die Führung der Partei in den letzten Jahren in Württemberg nicht mehr so überzeugend hat wie unter Stresemann.

Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ nennt das Wahlergebnis ein vernichtendes Urteil über die Politik der bisherigen Minister und eine Folge des Verrats der Sozialdemokraten am Sozialismus.

Der „N.S. Kurier“ verzeichnet mit Stolz und Genugtuung den Sieg in Württemberg. Das Blatt verbittet sich von den Zentrumsministern Bols und Dr. Severle die Drohung den Beamten gegenüber. Das es ein Zusammengehen mit dem Zentrum nicht geben wird, steht aus den Worten hervor, daß sich die nationalsozialistische Partei die Feindin des Deutschen Reiches und der katholischen Kirche von diesem ungläubigen Parteiführer nur noch in verstärktem Maße zu ihren Hauptaufgaben zu rechnen haben werde.

Nachklänge zur Preußenwahl

Die Gewinne und Verluste in Preußen

Berlin, 25. April. Wie wir erfahren, werden in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums am Dienstag die preußischen Minister über das Ergebnis der gestrigen Wahlen sprechen. Man glaubt in unterrichteten Kreisen aber nicht, daß bereits jetzt eine Entscheidung zu erwarten ist, die die Situation klären könnte. So wird auch nicht angenommen, daß dem deutschen Antrag auf sofortige Auflösung des alten Landtags Rechnung getragen wird, dessen Zeit bekanntlich erst am 29. Mai abläuft. Das würde bedeuten, daß der neue Landtag in der Tat erst um den 29. Juni zusammentritt. Da die Rücktrittserklärung des Ministerpräsidenten Braun erst nach der Wahl des neuen Landtagspräsidenten erwartet wird, wird sich inzwischen nach allgemeiner Auffassung auch an den Regierungsverhältnissen nichts ändern. Auf die Frage nach der späteren Zukunft wird in sozialdemokratischen Kreisen erklärt, daß zunächst das Zentrum das Wort habe; es werde sich entscheiden müssen, wie es sich nach dem gestrigen Wahlergebnis einstellen wolle.

Die Gewinne der Nationalsozialisten erstrecken sich auf alle Wahlkreise und sind am größten in Ostpreußen (113.000), Frankfurt a. O. (72.000), Merseburg (71.000), Hessen-Kassau (64.000), Düsseldorf-Ort (65.000) und Potsdam I (61.000), am geringsten in Potsdam II mit rund 6000. Die bürgerlichen Mittelparteien sind durchwegs außerordentlich geschwächt und zum Teil einer parlamentarischen Vertretung überhaupt beraubt. Eine Ausnahme macht nur das Zentrum, das seine Stimmenszahl gegen 1928 um 504.000 und gegen 1930 um 216.000 vermehren konnte.

Die Sozialdemokratie, die schon 1930 nahezu 500.000 Wähler in Preußen verloren hatte, hat einen weiteren Rückgang von über 100.000 Stimmen erfahren. Sie hat aber nicht durchwegs verloren. Besonders bemerkenswert sind ihre Verluste von 98.000 Stimmen in den drei schlesischen Wahlkreisen, von 48.000 in Südhannover, von 55.000 in Westfalen-Süd und von 44.000 in Hessen-Kassau. Einem Rückgang in der Reichswahl der Wahlkreise haben Gewinne gegenüber in Ostpreußen (29.000), Berlin (15.000) und Potsdam I (9000), während in Potsdam II, Frankfurt a. O., Pommern und Schleswig-Holstein die SPD. ihren Bestand von 1930 gehalten hat.

Nächst den Mittelparteien hat die deutschnationale Volkspartei die sichtbarsten Einbußen erlitten. 1928 zählte sie noch 1.276.000 Wähler, um denn 1930 auf 1.968.000, beim ersten Präsidentschaftswahlgang auf 1.520.000 und am gestrigen Sonntag auf 1.525.000 absunken. Am sichtbarsten treten die Verluste in den Wahlkreisen Ostpreußen, Breslau, Pommern, Merseburg und Schleswig-Holstein zutage, in denen die Deutschnationalen seit 1928 rund zwei Drittel ihres damaligen Bestandes an andere Parteien abgeben mußten.

Rundgebung des preußischen Zentrums

Berlin, 25. April. Eine Rundgebung des Vorstandes der preußischen Zentrumspartei, die von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Justizrat Moennig, unterzeichnet ist, besagt:

Die neu gewählte Zentrumsfraktion in Preußen wird entsprechend dem Auftrag zu Beginn des Wahlkampfes und getreu dem Programm und der Ueberlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtag das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Volkspartei und einer gesunden Sozialdemokratie sehen. Sie ist bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen sind. Sie tritt in voller Uebereinstimmung mit der Reichspartei für eine Politik ein, die dem deutschen Volke innere und äußere Freiheit, Zukunftsentwicklung und Weltgeltung schafft und sichert. Die Zentrumsfraktion wird sich fernerhin mit aller Kraft Bestrebungen widersetzen, die Staat und Verwaltung einer einseitigen Parteidiktatur ausliefern wollen und damit Ruhe und Ordnung und eine für deutsche Reichspolitik gefährden würden.

Das Organ des Zentrums, die „Germania“

zu den Kombinationen und die Regierungsbildung in Preußen Eine ausführliche Zeitungspolemik

Berlin, 25. April. Der Leitartikel der „Germania“ bringt in seinen Auseinandersetzungen mit mehreren Blättern der Rechten einige grundsätzliche Bemerkungen, die für eine Beurteilung der durch den Wahlausgang geschaffenen Lage beachtenswert sind.

Das Blatt macht zunächst der nationalsozialistischen Presse den Vorwurf, daß sie sich über „die nächstern Sorgen, die jeder neue Wachstumsmaß mit sich bringt“, allzu einfach mit einem „Siegestausch“ hinwegsetze, der noch dazu diesmal sehr unangebracht sei, da in den meisten Wahlkreisen gegenüber den Resultaten des zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl von einem Siege keine Rede mehr sein könne.

Zu den Ausführungen der „Kahntausgabe“, die die Verantwortung des Zentrums bei der Regierungsbildung in den Vordergrund ihrer Betrachtung rückt, erklärt die „Germania“: Was das Zentrum tun wird, darüber sollte niemand im Zweifel sein: dem Staate dienen und die Verfassungsgrundlagen schützen! Vorüber die deutsche Öffentlichkeit aber nicht im Klaren ist, da ist die Frage, wie sich die Nationalsozialisten die ausbringende Anwendung der von ihnen ererbten Macht denken. — Wenn die „Kahntausgabe“ in ihrem heutigen Artikel den

Gedanken einer Auflösung des eben gewählten Landtages in die Debatte werfe, so sei einmal dagegen zu sagen, daß „dieser Kinderfuss einer Landtagsauflösung“ auf das Zentrum nicht den geringsten Eindruck machen könne, zum anderen aber, daß man „solche Poplast-Methoden“ mit einem ganz gehörigen Dankschreiben belohnen würde, appellierte man das nächste Mal ohne positive Leistungen an das Volk.

Auch in der Polemik gegen die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spielt die Frage der neuen Regierungsbildung die ausschlaggebende Rolle. Die „D.A.Z.“ irrt, wenn sie meine, daß gewisse Voraussetzungen weltanschaulicher Art ausreichen würden, um eine große Koalition zu vermitteln. Für eine Zusammenarbeit in der Regierung seien nicht nur gewisse weltanschauliche Mindestforderungen, sondern auch die Klärung ganz konkreter politischer Fragen und die Sicherung der verfassungsrechtlichen Grundzüge unerlässliche Bedingungen.

Zählungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten?

Berlin, 26. April. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ berichtet, ist anzunehmen, daß die ersten Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum über die Möglichkeiten einer Neuordnung der preußischen Verhältnisse bald in Fluß kommen werden. Die erste Anfrage der Nationalsozialisten, ob das Zentrum zu gemeinsamen Besprechungen bereit sei, sei schon gestern bei der preußischen Zentrumsfraktion erfolgt. Mit den offiziellen Verhandlungen dürften schon in den nächsten Tagen zu rechnen sein. Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Prälat Raas, werde sich zu diesem Zweck nach Berlin begeben und wie aus nationalsozialistischer Quelle verlautet, werde auch Adolf Hitler demnächst in Berlin erwartet. Welche Bedeutung man im Zentrum den neuen preußischen Entwicklungsmöglichkeiten beimesse, gehe schon daraus hervor, daß Anfang Mai ein außerordentlicher Parteitag des preußischen Zentrums geplant sei.

Berliner Pressestimmen

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ stellt fest, daß das Hauptziel des Preußenwahlkampfes erreicht sei: Die Mehrheit der Weimarer Koalition sei beseitigt. Das Zentrum, ohne das eine Regierungsbildung in Preußen nicht möglich sei, müsse sich mit den Gruppen rechts verständigen. Die Niederlage seiner bisherigen Koalitionsgenossen sei so außerordentlich und der Erfolg der Nationalsozialisten so betrüblich, daß unbedingt die politischen Folgerungen gezogen werden müßten. Weiter wird von der „Deutschen Allg. Zeitung“ darauf hingewiesen, daß die Ergebnisse der Wahlen unmöglich ohne Rückwirkung auf die Reichspolitik bleiben könnten.

Der „Vorwärts“ hebt hervor, daß die Rechte nahe an der Mehrheit sei und daß die Nationalsozialisten jetzt im protestantischen Teil Deutschlands die bürgerliche Partei seien. Die Entscheidung für die weitere Entwicklung liege jetzt in erster Linie beim Zentrum. Auf alle Fälle liege man in Preußen und in ganz Deutschland vor schweren Kämpfen, die nur unter sozialdemokratischer Führung zum Guten geführt werden könnten.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, die Eroberung Preußens sei gescheitert. Es gebe keine Sieger. Die einzige Regierungsmöglichkeit sei eine Verbindung von Zentrum und Nationalsozialisten; es sei ausgeschlossen, daß diese beiden Parteien jemals zusammen kämen.

Die „Germania“ bringt als vierseitige Ueberschrift „Nicht ohne Zentrum“. Die Ausschaltung des Zentrums ist nicht gelungen. Es sei auch im neuen Landtag ein Nachfaktor, der in alle politischen Berechnungen als wichtige Größe eingeleitet werden müsse.

Die „Völkische Zeitung“ betont, daß für alle verantwortungsbewußten Kreise jetzt erst recht die Erkenntnis maßgebend sein müsse, daß die Lebensinteressen der Nation an der Fortführung der Reichspolitik hängen. Die Stärkung der Reichsgewalt durch eine entschlossene Reichsreform sei aus einer theoretischen Forderung zu einer Frage der praktischen Politik geworden.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Wahlergebnissen

Zum Wahlsieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei schreibt der „Völkische Beobachter“:

„Jetzt geht Hitler den dritten, endgültigen Schlag!“ So schreiben die Zeitungen der S.P.D., nachdem sie, hinter Hindenburg verstoßen, wütend gegen die deutsche Freiheitsbewegung toben, Braun-Severing aber gegen die SA. vorgehen in der Hoffnung, uns doch noch zu brechen. Deutschland aber, voraus Preußen, hat diesen Herren gestern eine Antwort gegeben, die neben einer moralischen Verurteilung politisch den Anfang vom Ende der einst großen Sozialdemokratie in Deutschland bedeutet. Auf einen einzigen Hieb verliert die S.P.D. in Preußen 44 Sitze von 137, ein Schlag, wie sie ihn in ihrer ganzen Geschichte nicht erlebt hat. Das, was am 14. September 1930 begonnen hatte, nahm am 21. April 1932 seinen triumphalen Fortgang, der Einbruch in die marxistische Front hat gestern zu Ergebnissen geführt, daß im Lager der Braun und Severing heute die hellste Verzweiflung gemischt mit Mut, herrscht. Die Tolerierungspolitik, die Tributzahlung, das Massenelend des deutschen Volkes als Folge dieser vernichtenden Haltung, der gewalttätige Versuch der Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen, das alles hat eine detarierte Abgabe an das System gezeitigt, daß in einem anderen Lande als in Preußen heute die Ankündigung des bedingungslosen Rücktritts vorliegen würde.

Die S.P.D. wurde von ihrer Stellung als stärkste Partei mit unsagbarer Wucht zurückgeschleudert, der Glaube an sie ist zerbrochen, der junge Nachwuchs will einfach nichts mehr mit diesen Vorkriegsherrschaften zu tun haben, die sich „mit Kägeln und Zähnen“ an der Macht halten wollen.

Französische Pressestimmen zur Preußenwahl

Paris, 25. April. „Journal“ schreibt, Hitler sei noch nicht der Herr, aber künftighin könnten nur sehr starke und geschulte Kombinationen die Garantie bilden, in der deutschen Politik eine wichtige Rolle zu spielen.

„Echo de Paris“ knüpft an das Wahlergebnis weitgehende Kombinationen. Es meint, das Deutschland von Weimar verschwinde alle Tage etwas mehr. Der deutsche Parlamentarismus sei gestorben. Man befinde sich bereits einem vierten Reich gegenüber, das von Militärzerronen und methodischen Bürokraten, von Kalkulatoren und Anhängern der Autoritätspolitik geleitet werde.

„Republique“ schreibt, die Wahl sei sowohl desorganisierend, wie beruhigend. Desorganisierend, weil die revolutionäre Woge weiter über Deutschland hinweg gehe, beruhigend, weil Hitler nicht über die absolute Mehrheit verfügen werde.

„Quotidien“ schreibt: Deutschland sei in ein Abenteuer getreten, dessen Ende und Folgen man nicht absehen könne.

Eine Rundgebung von Adolf Hitler

Adolf Hitler hat nach Vorliegen der ersten Wahlergebnisse folgende Rundgebung erlassen:

Nationalsozialisten! Parteigenossen! Parteigenossinnen! Mit dem heutigen Tage hat unsere Bewegung ihren bisherigen Erfolgen einen weiteren herrlichen Sieg hinzugefügt. Wir sind nunmehr unumstritten zur weitaus stärksten Partei Deutschlands geworden! Alle Unterdrückungs- und Vergewaltigungsmahnahmen unserer Gegner konnten den Emporsiege unserer Bewegung nicht verhindern. Dieser Erfolg ist nicht das Ergebnis irgend einer „Lügen Taktik“, sondern die Frucht einer andauernden, unermüdeten, fleißigen Arbeit. Was die politische Organisation und die Propaganda in diesen Wochen geleistet haben, ist einzig dastehend. Aus übervollem Herzen aber danke ich besonders meinen mir und der Bewegung in unerschütterlicher Treue ergebenen ehemaligen SA- und SS-Männern und -Führern, die als Parteigenossen wie immer mutig und opferbereit ihr Alleslehtes hergegeben haben. Sie, die Leiter der Organisation und Propaganda, der Partei sowohl als die Männer unserer Presse, sie alle können sich diesen großen Sieg als Frucht ihrer Fähigkeit und Arbeit zurechnen. Unsere Aufgabe ist es nun, keine Stunde zu ruhen, sondern den Kampf für die nationale Erhebung und Befreiung Deutschlands sofort wieder aufzunehmen und weiterzuführen. München, 24. April 1932. Adolf Hitler.“

Die N.S.D.A.P. verlangt Rücktritt der preußischen Regierung

München, 25. April. Die nationalsozialistische Parteiforrespondenz beschäftigt sich mit den politischen Auswirkungen der Wahl und schreibt u. a., das Volk habe seinen Urteilspruch gefällt und die NSDAP. beauftragt, diesen Spruch zu vollziehen. Daß die NSDAP. bereit sei, dem Willen des Volkes entsprechend, die Regierungverantwortung überall und in allen Ländern zu übernehmen, in denen die bisherigen Regierungen in die Minderheit verkehrt worden sind, das gelte insbesondere auch für Preußen. Wenn man von den Nationalsozialisten Achtung vor dem Geistes der Demokratie verlange, dann sei es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Regierung einer nationalsozialistisch geleiteten Regierung das Feld räume. Die NSDAP. werde sich mit der Aenderung der Geschichtsordnung des preußischen Landtages nicht abfinden. Sie werde nicht dulden, daß der erklärte Volkswille verewaltigt werde. Sie sei hart genug, um ihren Geannern in den Parlamenten und öffentlichen Körperschaften das Leben sauer zu machen. Man möge uns, so heißt es in der Erklärung, nicht mit halbwegssoollen Ruhe- und Ordnungsbomben oder geäußerten moralischen Ermahnungen kommen. Wir sind als Träger des Volkswillens bereit, ein sauberes Staatswesen in einem sauberen Preußen wieder aufzubauen und werden niemand zurückstoßen, der sich uns zur Mitarbeit zur Verfügung stellt.

Deutschnationale an den preußischen Ministerpräsidenten

Berlin, 25. April. Der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat an den preußischen Ministerpräsidenten folgendes Schreiben gerichtet: „Die gestrigen Wahlen haben ergeben, daß die jetzige Regierung im Volke und im künftigen Landtag eine Mehrheit nicht mehr hat und daher das nach Artikel 57 der preußischen Verfassung notwendige Vertrauen des neuen Landtages nicht mehr besitzen wird. Es ist daher widersinnig, daß die Regierung noch im Amte bleibt und sich dabei auf das Vertrauen eines vor vier Jahren gewählten Landtages beruft. Namens der deutschnationalen Landtagsfraktion beantrage ich daher die sofortige Auflösung des jetzigen Landtages nach Artikel 14 Absatz 1 der Verfassung durch Beschluß des in diesem Artikel vorgezeichneten Ausschusses herbeizuführen.“

Genfer Allerlei

Unterausschuß für „moralische Abrüstung“

Genf, 25. April. Der Unterausschuß für moralische Abrüstung hat die Frage der Jugenderziehung erörtert. Der belgische Senator de Broderie betonte in der Debatte, daß seiner Ansicht nach der Frieden nicht durch Strafbestimmungen gefördert werden könne, daß er sich vielmehr nur in voller Freiheit entwickeln könne. Damit nahm er gegen die polnische Richtung Stellung, wonach gegen jede Rundgebung, die den internationalen Friedenszustand gefährden könne, Strafbestimmungen vorgegeben werden sollen. Der rumänische Delegierte Pellar wies bei der Debatte über die Jugenderziehung auf Artikel 148 der deutschen Verfassung als Vorbild hin. Der deutsche Delegierte, Postfachrat Ackmann, beantragte diesen Artikel, der eine Jugenderziehung im Geiste der Völkerverständigung fordert, in den endgültigen Resolutionen der vertragsschließenden Staaten als Grundlage für die Instruktionen an ihre Schulbehörden zu empfehlen.

Vorschläge für die qualitative Abrüstung

Genf, 25. April. Das Büro der Abrüstungskonferenz hat beschloffen, die Arbeiten der Konferenz auf dem Gebiete der qualitativen Abrüstung fortzusetzen. Die technischen Kommissionen werden nunmehr die einzelnen Vorschläge darüber ausarbeiten, welche Waffenentwürfen für eine qualitative Abrüstung in Frage kommen. Es wird sich dabei insbesondere darum handeln, welche Waffen als ausgesprochene Angriffswaffen anzusehen sind, die sich am stärksten gegen die nationale Verteidigung richten und die eine besondere Bedrohung der Zivilbevölkerung darstellen. Der Hauptauschuß wird am Dienstag zusammentreten, um den Ausschüssen ihr Arbeitsprogramm zu übermitteln. Man rechnet damit, daß die technischen Ausschüsse etwa 10 Tage zu tun haben.

Tardien fährt nicht nach Genf

Paris, 25. April. Ministerpräsident Tardien hat, wie der „Temps“ mitteilt, seine Reiseabsichten geändert. Er trifft Dienstag früh in Paris ein, wird sich aber nicht am Abend nach Genf begeben, sondern am Donnerstag nach Belfort zurückkehren und dort bis zum Sonntag bleiben. Von Belfort aus will er sich direkt



nach Paris zurückgeben und nur, wenn seine Anwesenheit in Genf irgendwie erforderlich sein sollte, dieses Programm ändern.

„Internationale Sozialpolitik“

Genf, 25. April. Auf der Internationalen Arbeitskonferenz jagte sich der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, mit der in der Generaldebatte geübten Kritik an der internationalen Sozialpolitik auseinander. Er wies darauf hin, daß die Länder, die besonders von der Wirtschaftskrise betroffen seien, trotz aller Schwierigkeiten sich erfolgreich bemüht hätten, ihre soziale Gefüge intakt zu erhalten. Er betonte, daß der künftige soziale Fortschritt von einer baldigen Lösung der großen politischen Probleme, die mit der Weltwirtschaftskrise zusammenhängen, abhänge. Es sei festzustellen, daß über die Wege, die aus der Weltwirtschaftskrise hinausführten, unter den Sachverständigen weitgehende Übereinstimmung herrsche, daß aber die Regierungen bisher sich immer geträumt hätten, aus den Forderungen der Sachverständigen die erforderlichen Folgerungen zu ziehen.

Neues vom Tage

„Graf Zeppelin“ kehrt heim

Frederichshafen, 25. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ befand sich am Montag um 7 Uhr früh (MEZ) nordwestlich der Kanarischen Inseln.

Reichsminister Dietrich konstatiert, daß wir keine Tributlasten mehr bezahlen

In Aitona sprach in einer Rundgebung der Deutschen Staatspartei Reichsminister Dietrich. Er sagte: „Das Reich steht heute im Endkampf um die Abrechnung des Krieges. Das Hooverjahr wird am 1. Juli ablaufen, aber Deutschland wird nach dem 1. Juli nicht mehr zahlen. Wenn ich, der zuständige Finanzminister des Deutschen Reiches, das schon aussprechen darf, so ist das es zu internationalen Verwicklungen kommt, so kann man das als Beweis dafür ansehen, daß auch den Staatsmännern der anderen Länder die Sachlage ziemlich klar geworden sein muß.“ Frankreich sei in einer schwierigen Lage; denn die Zahlungen von Deutschland fielen aus, aber seine Schulden an Amerika müsse Frankreich weiter zahlen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 26. April 1932.

Gebühren an den höheren Schulen sowie an den Gewerbe- und Handelsschulen. Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat folgende Gebühren festgesetzt: für die Zeugnisse bei der Reifeprüfung 20 Mark, bei der Prüfung der mittleren Reife 10 Mark, bei Ergänzungsprüfungen für jedes Fach 10 Mark, für Befreiungen von den Vorschriften über die Altersgrenze und von einem Pflichtfach je 5 Mark; letztere Gebühr kann aus besonderen Gründen zur Vermeidung von Härten auf 2 Mark ermäßigt werden. Für die Aufnahme von außerordentlichen Schülern betragen die Gebühren von 2 bis 20 Mark, für Aufnahmeprüfungen von Schülern deutscher Staatsangehörigkeit, die von einer Privatschule kommen, 3 Mark, für Ausländer 10 bis 50 Mark, für ein Abgangszeugnis der Frauenschulklasse 3 Mark, sonst 2 Mark, für Auskünfte an wirtschaftliche Unternehmen über frühere Schüler und Schülerinnen 2-5 Mark. Nach einer Verordnung der Ministerialabteilung für die Fachschulen betragen an den Gewerbe- und Handelsschulen die Prüfungsgebühren für die Prüfung der mittleren Reife und für das Zeugnis der Oberstufe der höheren Handelsschule je 10 Mark, für das Zeugnis bei der kaufmännischen Lehrlingsprüfung an den Handelsschulen 3 Mark; für die Aufnahme von Reichsausländern beträgt die Gebühr 10 bis 50 Mark, für Abgangszeugnisse 2-5 Mark.

Das Beledern der Briefmarken. Diese trotz aller Warnungen noch immer weit verbreitete Unsitte ist schon in zahlreichen Fällen zu einer Quelle gefährlicher Infektion geworden. Der Stoff, mit dem die Briefmarken auf ihrer Rückseite bestrichen sind, besteht aus getrocknetem Leim, und wir würden sicherlich davor zurückschrecken, ihn mit der Zunge zu berühren, wenn wir an seine Herkunft dächten. Zur Leimfabrikation werden nämlich Rückstände und Abfälle von großenteils unappetitlicher Art aus Gerbereien, Metzgereien und Abdeckereien verwendet. In diesem Leim können sich — wir sagen nicht müssen — Krankheitserreger mannigfaltiger Art, besonders Diphtherie- und Tuberkelbazillen, festsetzen. Diese können durch Risse und Schrunden an der Lippe und Zunge sich in den Körper Eingang verschaffen, sich vermehren und eine Entzündung hervorrufen, wenn auch im allgemeinen der Speichel des gesunden Menschen keimtötende Eigenschaften besitzt; aber selbst bei den kräftigsten Naturen kann er, besonders gegenüber den Ansteckungsbazillen der Tuberkulose und Diphtherie, vorübergehend seine Widerstandsfähigkeit einbüßen.

Neuenbürg, 25. April. Der Bezirksrat hatte in seiner letzten Sitzung über ein Darlehen der Landesversicherungsanstalt Württemberg zu beraten, das für den Bezirkskrankenhaus-Ambau gegeben worden war. Da es zur Zeit nicht möglich ist, die 92.000 Mark zurückzahlen, wird die Anstalt um Aufschub gebeten. Auf Antrag der Verwaltung wurden die Verpflegungs- und Gebührensätze des Bezirkskrankenhauses für Privatranke 3. Klasse und für Kasernenmitglieder rückwirkend ab 1. April ermäßigt. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Kasernen des Bezirkes ihre Mitglieder im Krankheitsfalle in das Bezirkskrankenhaus einweisen. Für den Beschäftigten-Obsthauslehrkurs der Landwirtschaftskammer wird künftig alljährlich nur noch ein einziger Teilnehmer mit dem Beitrag von 160 Mark unterstützt werden. Nach der zweiten Rotterordnung des Wirtschaftsministeriums sind die Amtskörperschaften ab 1. April 1932

Durch keine andere Zeitung

werden Sie rascher und besser über Vorgänge in Stadt und Land, über politische und wirtschaftliche Geschehnisse in der ganzen Welt unterrichtet als durch unsere

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“. Versäumen Sie daher nicht, Ihr Heimatblatt bei der Postanstalt, den Postboten oder durch unsere Agenten zu bestellen.

berechtigt, von den Gemeinden, in denen örtliche Krisenunterstützung besteht, einen Ersatz ihres Aufwandes bis zu 30 v. H. zu beanspruchen. Der Bezirksrat beschloß, von dieser Maßnahme vollen Gebrauch zu machen. Der Versammlung wurde vorgeschlagen, die Tagelder der Sitzungs- und Ausschussmitglieder und die Bezüge des Bezirkes am 25. v. H. zu kürzen. Ein Beschlus hierzu wurde noch nicht gefaßt. Eingehend wurde der Voranschlagsentwurf der Oberamtspflege beraten. Von der vorgesehenen Herabsetzung der Amtschadensumlage mußte jedoch Abstand genommen werden, da sich der Bezirksrat veranlaßt sah, wegen der ungünstigen Beurteilung der Arbeitsmarktlage durch das Arbeitsamt Bredheim für Krisen-Fürsorge 100.000 Mark statt 70.000 Mark einzustellen. Die Gebühren für Inanspruchnahme der oberamtlichen Techniker seitens der Gemeinden im Bezirk wurden bis auf weiteres erheblich ermäßigt. Einigen Gemeinden, welche verspätet ihre Amtskörperschaftsumlage ablieferen, wurden Verzugszuschläge auferlegt. Zum Schluß wurden Sparmaßnahmenangelegenheiten und kleinere Verwaltungsfragen beraten.

Marbach, 23. April. Die Pfarrei Erdmannshausen, Def. Marbach, wurde dem Missionsinspektor D. Dr. Dehler in Basel übertragen.

Stuttgart, 23. April. (Landeskirchentag.) Wie bekannt, wird der Evang. Landeskirchentag am 25. April zusammentreten. Die Sitzungsperiode wird einige Tage dauern und am Montag, 3 Uhr nachmittags im Festsaal des Furtbachvereinshauses beginnen. Die Tagesordnung enthält neben dem Rechenschaftsbericht Ausschussanträge zu der Einsprache gegen die Wahl zum Landeskirchentag im Kirchenbezirk Neuenbürg und zu dem Entwurf eines landeskirchlichen Haushaltsgesetzes nebst Entwurf des Haushaltsplans für die Rechnungsjahre 1932 und 1933.

Stuttgart, 22. April. (Drei Selbstmorde an einem Tag.) Im Laufe des 21. April verübten im Stadtbezirk Stuttgart drei Personen in ihren Wohnungen Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas.

Fall Heggau. In dem Prozeß gegen den Stuttgarter Rechtsanwalt Heggau, den Ruffner Marr, die Kaufleute Raabe und Dörfinger und gegen den Schriftleiter Pfeiffer ist die Voruntersuchung nunmehr abgeschlossen und von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden. In einer 290 Seiten umfassenden Anklageschrift ist das Ergebnis der Voruntersuchung niedergelegt. Den Beschuldigten wird mehrfacher Betrug, Unterschlagung und Untreue zum Vorwurf gemacht. Von der Staatsanwaltschaft wurden jetzt über 100 Belastungszeugen benannt. Mit der Eröffnung des Hauptverfahrens wird etwa in 14 Tagen zu rechnen sein, sodas die Hauptverhandlung in etwa 8 Wochen stattfinden dürfte. Der gesamte Betragskomplex zerfällt in zwei Abschnitte, in den Stuttgarter Fall, in dessen Mittelpunkt Rechtsanwalt Heggau steht, und in den Berliner Fall, in dem Rittergutsbesitzer Richter aus Gut Radlow als betrogener Betrüger neben Landgerichtsdirektor v. Nebel-Parlow und anderen Beteiligten verwickelt sind. Gegen den Berliner Fall, der abgetrennt wurde und in Berlin zur Verhandlung gelangt, ist der Fall Heggau von nur untergeordneter Bedeutung.

Berkehrsunfall am Charlottenplatz. In der Nacht zum Sonntag fuhr ein Motorradfahrer mit Sozius auf dem Charlottenplatz auf einen Personenkraftwagen auf. Beide Fahrer wurden vom Rade geschleudert. Der Lenker des Motorrads, der aus Beuren bei Rürtingen stammt, erlitt so schwere Verletzungen (Schädelbruch), daß er bald nach der Einlieferung in ein Stuttgarter Krankenhaus starb. Der Beifahrer wurde weniger schwer verletzt.

Der Welzheimer Mörder noch nicht gefaßt. Die Nachforschungen nach dem Täter, der am 21. April abends die alleinstehende, 67 Jahre alte Schreinerwitwe Marie Adis in Welzheim ermordet und beraubt hat, haben, wie das Polizeipräsidium mitteilt, bis jetzt noch nicht zum Ziele geführt. Bezüglich der Person des Unbekannten steht jedoch mit Sicherheit fest, daß es sich um einen Wanderer handelt, der vor der Tat in Welzheim gebettet hat. Inzwischen hat sich ergeben, daß die lahlen Stellen im Kopfhair haarloser Narben haben. Es sollen sich in der Halswirbelgegend 2 bis 3 solche Stellen, etwa 5 Millimeter breit und einige Zentimeter lang, befinden. Diese, anscheinend von früheren Verletzungen herrührende Stellen, soll man auch beobachten können, wenn das Haar zurückgelammt ist, weil es dort hell durchschimmert. Die große Wahrscheinlichkeit, daß es sich um einen Pflüger handelt, bleibt bestehen. Möglicherweise hat sich der Täter außer dem Bargeld auch einen kleinen, silbernen Damenfingerling von unbedeutendem Wert angeeignet.

Göppingen, 25. April. (Die rote Fahne auf dem Kirchturm.) In der Nacht zum Sonntag wurde auf dem Dach der Oberhofenkirche neben den Ludwigsanlagen eine rote Fahne angebracht. Sie wurde am Sonntagmorgen von der Polizei entfernt. Nach den bis jetzt unbekanntem Tätern wird gefahndet.

Kornthal O. Leonberg, 25. April. (Bürgermeisterwahl.) Von 913 abgegebenen gültigen Stimmen erhielt bei der Bürgermeisterwahl am Samstag der bisherige Bürgermeister Würth 906; zerplittert waren 7. Abgestimmt haben 75 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung. Am 2. Mai sind es 30 Jahre, daß Bürgermeister Würth auf dem Rathaus in Kornthal tätig ist.

Ehlingen, 22. April. (Gustav Adolf-Fest.) Das diesjährige Gustav Adolf-Fest wird vom 25. bis 27. Juni hier stattfinden. Am Samstag, 25. Juni ist Gemeindevand mit Ansprache des Prälat D. Dr. Hoffmann-Ulm, des Oberbürgermeisters von hier und Festrede von Stadtpfarrer D. Dr. Kauscher-Stuttgart; am Sonntag, 26. Juni, sind Festgottesdienste, bei denen Kirchenpräsident D. Wurm und Prälat D. Dr. Schöll-Stuttgart die Predigt halten; am Montag, 27. Juni ist Abgeordneten- und Hauptversammlung.

Ulm, 25. April. (Prälat D. v. Pland.) In der Nacht auf Montag ist Prälat D. v. Pland an einer Herzföhmung verschieden. Mit ihm scheidet ein Mann, der in der würt. ev. Landeskirche einen bedeutungsvollen Platz eingenommen hat. Seine edle, würdige Erscheinung, sein tieffrommes, durch herbe Lebenserfahrungen gereiftes Wesen, sein für das gesamte Leben aufgeschlossener und doch alles unter dem Gesichtswinkel der Ewigkeit betrachtender Sinn machte ihn zum geschätzten Seelsorger für jung und alt, zum geachteten Mitarbeiter und Freund bei den verschiedensten kirchlichen Bestrebungen, zum Berater und Vermittler auch bei schwierigen, durch Gegenätze gespannten Lagen. Ueber 30 Jahre lang wirkte er als Helfer und Defant in Ehlingen. 1912 wurde er Prälat in Ulm und war als solcher noch eine Zeitlang Mitglied der 1. Kammer. Nach der Staatsumwälzung bis zum Intraittreten der neuen Kirchenverfassung war er Mitglied der evang. Kirchenregierung. Mehrmals gehörte er dem Kirchenparlament an. 1927 trat er in den Ruhestand. Die große Verehrung und Dankbarkeit, die ihm die weitesten Kreise entgegenbrachten, trat ihm im letzten Jahr, als er den 80. Geburtstag feierte, deutlich entgegen.

Aus Baden

Karlsruhe, 24. April. (Ein Bankdirektor erschießt sich.) Am Sonntagvormittag hat sich der erste Direktor der Landesbank für Haus- und Grundbesitz, G. m. b. H., hier, A. Duschmale, in seinem Direktionszimmer erschossen. Direktor Duschmale, der in den fünfziger Jahren stand, hatte sich in den Sonntagvormittagstunden in die Geschäftsräume der Bank begeben, die sich unter seiner Wohnung befinden. Er hatte zuvor zu seiner Frau gesagt, er wolle die Post durchsehen. Als Direktor Duschmale längere Zeit nicht in seine Wohnung zurückkehrte, sah seine Frau nach ihm. Sie fand ihren Gatten tot auf. Direktor Duschmale hatte sich erschossen. Als Grund zu der Tat gab er in einem hinterlassenen Briefe an, daß seine zunehmende Schwerhörigkeit und ein beginnendes Herzleiden ihn nicht mehr stark genug erscheinen lassen, den kommenden Ereignissen Stand zu halten. Wie es in diesem Schreiben weiter heißt, sei die Geschäftsföhrung in Ordnung und er hinterlasse keine Schulden. Von der Geschäftsleitung der Bank wurde auf Anfrage erklärt, die Geschäftsföhrung des Direktors Duschmale sei vollkommen in Ordnung. Der Grund der Tat sei lediglich einer freilichen Bestimmung zuzuschreiben.

Karlsruhe, 24. April. (Konkurs der Schaffergilde.) Der Konkursverwalter teilte mit, daß der Aktiomasse von ca. 41.000 RM. eine Passivmasse von etwa 170.000 RM. gegenüberstehe. Die in der Liste der Genossen eingetragenen Mitglieder werden zur Haftung herangezogen. Die Passivmasse beträgt für jedes einzelne Mitglied 100 RM. Eine Kaufschulpflicht kommt nicht in Frage.

Schopfheim, 24. April. (Selbstmord eines Lehrers.) Hier hat sich der Lehrer an der Oberrealschule, Professor Dr. Deder, erschossen. Deder hat ein Alter von 38 Jahren erreicht und war außerordentlich beliebt bei seinen Kollegen und bei seinen Schülern. Der Grund zum Selbstmord ist in einem hronischen Magenleiden zu suchen.

Ottobrunnen (Amt Emmendingen), 24. April. (Zu Tode geschleift.) Der 15jährige Sohn des Landwirts Schmölzlin fuhr mit einem Ochsenkarren. Das Tier wurde scheu und schleifte den Jungen, dessen Arm sich in das Leitseil verwickelte, regelrecht zu Tode.

Buntes Allerlei

Ein Tierhuh-Volksbegehren?

L. C. Schon lange sind Bestrebungen im Gange mit dem Ziele, den einzigen Tierhuhparagrafen im Reichsstrafgesetzbuch, den § 360 Ziff. 13, grundlegend abzuändern. Nach § 360 Ziff. 13 kann belänntlich eine Tierquälerei nur dann strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie öffentlich und in argersünder Weise begangen bezw. roh oder boshaft ausgeführt worden ist. In den meisten Fällen ist daher eine Bestrafung des Tierquälers wegen Fehlens einer dieser Tatbestandsmerkmale unmöglich. Da die Behandlung des § 360 Ziff. 13 im Strafrechtsauschuss des Reichstages eine Verbesserung nicht gebracht hat, besteht die Möglichkeit, daß die Tierhuhvereine auf dem Wege des Volksbegehrens einen Gesetzentwurf einbringen werden, der ein dem Volkswillen entsprechendes Tierhuhgesetz bringen soll. In der größten deutschen Tierhuh-Zeitschrift und dem Organ vieler deutscher Tierhuhvereine, dem „Deutschen Tierfreund“ Aprilheft 1932 fordert der in Tierhuhkreisen bekannte Diplomanwalt Finus bereits ein „Tierhuh-Volksbegehren“. Man wird abwarten müssen, ob die Regierung es erst wird dahin kommen lassen, oder ob sie nicht doch freiwillig von sich aus ein Gesetz vorlegen wird, das allen beteiligten Kreisen gerecht wird.

Ein Heuschreckenheer

Wie aus Kapstadt gemeldet wird, nähert sich auf einer Front von mehr als hundert Kilometern ein Schwarm von Heuschrecken der Grenze von Südwafrika. Die Heuschrecken fressen alles, was ihnen in den Weg kommt, und haben sich bisher durch die Abwehrmaßnahmen der Farmer und der Eingeborenen nicht im geringsten aufhalten lassen. Die Vorhut des Schwarmes hat den Oranjefuß überschritten.



Staatsgefährliche Rosen

Wie Reisende, die aus der ehemals ungarischen, jetzt rumänischen Stadt Temeswar eintrafen, berichten, sind die dortigen Behörden von einer merkwürdigen Zeredentapflanze befallen. In ihren Augen macht sich schon ein Radiobörer verdächtig, wenn er ausgerechnet das Glockengeläut der Budapestener Universitätskirche einhält. Kürzlich haben nun die Hüter der Staatsicherheit und der öffentlichen Ordnung in Timisoara, wie Temeswar heute heißt, zwei Blumenhändler festgenommen, weil sie rote und weiße Rosen feilschten, die den Rumänen zusammen mit ihren grünen Blättern als eine durch die Blume angeedeutete rot-weiß-grüne ungarische Tricolore erschienen. Außerdem wurden die staatsgefährlichen Rosen beschlagnahmt.

Humor

Teuer. Köves ist aus Köln nach Berlin gekommen und möchte, nachdem er sich die Stadt reichlich angesehen, über Düsseldorf zurückfahren. Am Schalter entspinnt sich folgendes Gespräch: „Herr Kartenzücker, ich möchte mal rasch nach Düsseldorf!“ — „Zweiter oder dritter?“ — „Dritter — was dachten Sie denn?“ — „Was soll die Karti?“ — „Ach, undymantigstebsig!“ — „Markt?“ — „Natürlich!“ — „Das ist aber teuer hier!“ — „Wieso teuer?“ fragt der Beamte. — „Na, bei uns in Köln zahl' ich für en Bilet nach Düsseldorf nur eine Mark fünfundsechzig Pfennig!“ — „Im Restaurant.“ — „Oder, sind Sie schwerhörig?“ — „Kur'n bißchen!“ — „Ich habe nämlich Leder, nicht Leder bestellt.“

Wetter für Mittwoch

Nach Durchzug von Ausläufern der nördlichen Depression ist das Barometer jetzt wieder im Steigen begriffen. Für Mittwoch und Donnerstag ist zwar mehrfach aufsteigendes, aber noch nicht beständiges Wetter zu erwarten.

Letzte Nachrichten

Der Reichskanzler wieder in Genf

Genf, 25. April. Reichskanzler Dr. Brüning hat nach seiner Rückkehr nach Genf wieder die Besprechungen mit dem hier weilenden Staatsmännern aufgenommen. Er empfing heute den spanischen Außenminister Zulueta und den polnischen Außenminister Jaleski. Für die späten Abendstunden ist eine Zusammenkunft mit Macdonald vorgesehen. Morgen dürfte u. a. eine Besprechung mit Benech stattfinden.

Nächtliche Zigeunerschlacht in Schönholz

Berlin, 25. April. Vor dem Hause Germanenstr. 40 in Schönholz kam es in der Nacht zum Montag zu einer schweren Schießerei zwischen den Angehörigen zweier Zigeunerstämme, bei der der 28 Jahre alte Friedrich Josef aus der Ritterstraße 9 in Pantow durch einen Rüdenschuß schwer verletzt wurde, so daß er sofort ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Als das Ueberfallkommando alarmiert wurde, war der Schütze bereits in Richtung Buchholz geflüchtet.

Caillaux über die Weltwirtschaftskrise

Paris, 25. April. Caillaux hielt heute in Nantes eine Rede, in der er u. a. ausführte, die Weltwirtschaftskrise sei eine direkte Folge des Krieges, aber auch eine Folge der mangelhaften Verträge. Man werde die Wirtschaftskrise nur meistern können, wenn man alles tue, um eine Einigung Europas herbeizuführen. Man dürfe nicht

aufhören, im Sinne Briands für die Politik der Annäherung und Zusammenarbeit der Staaten des alten Kontinents einzutreten.

Die österreichischen Nationalsozialisten fordern Neuwahlen zum Nationalrat

Wien, 25. April. Wie der Gauleiter der österreichischen Nationalsozialisten erklärte, werde die Partei jetzt die sofortige Auflösung des Nationalrates fordern, indem sie jetzt nicht vertreten ist, und die Ausschreibung von Neuwahlen verlangen. Diese Forderung soll zunächst dem Bundespräsidenten vorgetragen werden.

Tornado Schäden in Tennessee und Kentucky

Memphis, 25. April. Ein Wirbelsturm soll heute vormittag mehrere kleine Städte im Staate Tennessee heimgesucht haben. Die Höhe des angerichteten Schadens steht noch nicht fest. Man befürchtet, daß in der Stadt Rosemarf mehrere Personen getötet und verletzt worden sind. Auch mehrere Städte im Staate Kentucky sollen unter dem Tornado gelitten haben.

Kommunistische Angriffe auf amerikanisches Eigentum in China

Washington, 25. April. Wie aus Kanton berichtet wird, informierte der dortige amerikanische Generalkonsul die chinesische Regierung von „kommunistischen“ Angriffen auf amerikanisches Eigentum in Amoy. Er forderte die Regierung auf, Maßnahmen zum Schutze des Lebens und Besizes der in Amoy und Pulangiu lebenden Amerikaner zu treffen.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauk.

Amtliche Bekanntmachungen Gaststättenwesen.

Nach § 16 des Gaststättengesetzes ist verboten:

- 1. an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel zu eigenem Genuße zu verabreichen;
2. an Personen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters auch andere geistige Getränke oder Tabakwaren im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft zu eigenem Genuße zu verabreichen;
3. geistige Getränke im Betrieb einer Gast- oder Schankwirtschaft oder im Kleinhandel an Betrunkene zu verabreichen;
4. Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel durch Automaten feilzuhalten;
5. das Verabfolgen von Speisen in Gast- oder Schankwirtschaften von der Bestellung von Getränken abhängig zu machen oder bei der Nichtbestellung von Getränken eine Erhöhung der Preise eintreten zu lassen;
6. Branntwein oder überwiegend branntweinhaltige Genußmittel auf Turn-, Spiel-, Sport-Plätzen oder Hallen zu verabreichen.

Zwischenhandlungen hiegegen werden mit Haft und mit Geldstrafen bis zu 150 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft (§ 29 Ziffer 8 des Gesetzes).

Die Ortspolizeibehörden und die Landjäger werden angewiesen, die Einhaltung der Verbotsvorschriften zu überwachen.

Nagold, den 22. April 1932.

Oberamt: Baitinger.

Zwangsversteigerung.

Es wird öffentlich meistbietend gegen bar versteigert am Freitag, den 29. April 1932 nachmittags 3 Uhr in Rehmühle Eine Sägeschärfmaschine „Rapid“. Zusammenkunft bei der Wirtschaft zur „Rehmühle“. Gerichtsvollzieherstelle Calw.

Inserate

erbitten wir uns frühzeitig

Altensteig 30 Zentner Berghen verkauft Marie Kalthaner Witwe.

Einen gut erhaltenen Kinderwagen wenn möglichst Pege-Sportwagen, sucht zu kaufen. Wer — ? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Vervielfältigungs-Papier

in bester Qualität liefert preiswert die Buchhandlung Lauk, Altensteig

Graue Haare nicht färben!

Durch einfach. Einreiben mit „Lectana“ erhalten Sie Ihre Jugendfarbe und frische wieder. Bestes Haarpflegemittel auch gegen Schuppen und Haarausfall, garantiert unschädlich. Gibt keine Flecken und Mißfarben, wurde mit der goldenen Medaille ausgezeichnet. Glänzende Dankschreiben. Auskunft kostenlos.

Maria Ladener Bwe., Stuttgart, Langestr. 22. Am Donnerstag, den 28. Apr l bin ich wieder in Nagold, Bahnhof zum „Löwen“, von 9-8 Uhr abends.

Ohne Messer

ohne Blutung, ohne Narbe zu hinterlassen entfernt für immer schmerzlos jeden Schönheitsfehler Hauterhöhungen, Muttermale, Leberflecken, Finken, Warzen, Pickel, lästige Haare, Mitesser, Gesichtsröte, Sommerprossen, Kopfschuppen, Hühneraugen-Leidende erhalten sichere Hilfe durch erpro. u. bew. Methode. Meine 20 jährige Tätigkeit garantiert sicherste Erfolge. Geprüft 1912 von Dr. med. Kapp, Berlin.

Bestellungen auf sämtliche Sorten Rohlen zu Sommerpreisen nimmt entgegen Konsum-Berein.

Der kluge Mann baut vor und nützt jede sich ihm bietende Werbegelegenheit aus. Er übersieht dabei die umfassendste, deshalb beste nicht, die Insertion in der Heimatzeitung, der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“, die in jedem Hause des weiten Bezirks und seiner Umgebung gelesen wird und ein täglicher Freund und Berater ist. Wer an Inseraten spart, spart am falschen Platz!

Zum Sehen geboren - Zum Schauen bestellt! 3 der schönsten und gediegensten deutschen illustrierten Zeitschriften vereinigt in 1 Der Türmer Deutsche Monatshefte Die Bergstadt. Preis nur 1.50. Gutschein: An den Verlag Heinrich Beenen Berlin SW 19. Bestellschein: An die Buchhandlung. Eine Freude für das deutsche Haus!

Altensteig. Stadgarten. Eingetroffen ist die bekannte Seiltänzer-Truppe Familie Hähl, Enkelkinder von Franz Knie! Heute abend 8 Uhr große Eröffnungs-Vorstellung. Einheitspreis auf allen Plätzen 50 J. Kinder die Hälfte. Beim hohen Sell werden 10 J nach erhoben. Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein die Direktion.

Ich habe mich in Pfalzgrafenweiler im Hause H. Ralsch jr. zur „Linde“, Telefon 61 niedergelassen. Für Zahnkranke halte ich Sprechstunden werktäglich von 9-12 und 2-6 Uhr Sonntags von 11-12 Uhr. Auslandapprobierter Zahnarzt Janssen Mitglied des Reichsvereins Ausl. Zahnärzte (E. V.) Sitz Berlin.

Göttelfingen. Danksagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Hinscheiden unseres lieben, treubesorgten Vaters, Großvaters, Schwiegervaters und Onkels Robert Schumacher Altschultheiß herzlichen Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Binder für seine trostreichen Worte am Grabe, Herrn Hauptlehrer Reichert und dem Männergesangsverein für den erhebenden Gesang, für die ehrenden Nachrufe und Kranzniederlegungen und die überaus zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Der Schwiegersohn Bürgermeister Walter.